

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1924

405 (24.9.1924) Abendausgabe

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Bezugpreis: halbmöndlich 1,30 Goldmark frei Haus. In unserer Geschäftsstelle oder in unseren Agenturen abgeholt 1,20 Goldmark. Einzelverkaufspreis: Werktag 10 Goldpfennig, Sonntag 15 Goldpfennig. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Goldmark einschließlich Zustellgeld. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspäteter oder Nichterscheinen der Zeitung. Abbestellungen werden nur bis 25. auf den folgenden Monatsheften angenommen.

Chefredakt. G. v. Laer. Verantwortl. f. D. Post: Frh. Ehrhardt für den Nachrichtenteil; Hans Böhler für Wirtschaft, Stadtk. Baden; Heinz Gerhardt; für Feuilleton: H. Weid, für „Pyramide“: Karl Joch; für Inserate: G. Schriever; sämtl. in Karlsruhe. Druck u. Verlag G. F. Müller, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berliner Redaktion: Dr. Rich. Zügler, Berlin-Steglitz, Gebanstr. 17. Telefon: Amt Steglitz 1119. Für ungelagte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Sprechstunde der Redaktion: 11-12 Uhr.

Unterhaltungsbeilage / Der Lesekreis / Literaturbeilage / Technik / Für die Frauen / Wandern u. Reisen / Turn- u. Sportzeitung / Ratgeber für Landwirtschaft u. Tierzucht

Die Urteile über die Ministerratsklärung.

Berliner Pressestimmen.

1. Berlin, 24. Sept. Die Morgenblätter beschäftigen sich ausführlich mit dem Ergebnis des gestrigen Ministerrats.

Die „Deutsche Zeitung“ bezeichnet die Haltung des Kabinetts als ein Ausweichen vor den Entscheidungsaen und fragt, wie sich das Reichskabinett weiterhin zur Kriegsschuldfrage stellen wolle. Sollte hier ein Verzicht auf die Notifizierung ausgesprochen sein, so müßte schon jetzt schärfster Einspruch erhoben werden.

Die „Kreuzzeitung“ fragt, wie sich denn das Kabinett die Durchführung der „unerlässlichen Garantien“ denke. Immerhin müßte die Aufrechterhaltung solcher Garantien als ein Stein der bevorstehenden Nichtung im Reichskabinett betrachtet werden. Das Blatt spricht die Erwartung aus, daß das Kabinett von diesen Garantien keinesfalls absehen werde.

Das „Berliner Tageblatt“ erklärt, der Kabinettsbeschluss sei vernünftig und entspreche der Situation. Die Londoner Antwort habe eben keine ausreichende Klärung gebracht, was beweise, daß der französische Einfluss in Genf recht fühlbar geworden sei. Das Blatt ist der Meinung, daß das Völkerbundsekretariat die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zum Beratungsgegenstand einer Sonderkommission machen werde. Doch sei es nicht wahrheitsgemäß, daß diese ansehts der französischen Haltung bald stattfinden könnte. Das Blatt hebt insbesondere hervor, daß Deutschland ebensolowohl als Macht zweiten Ranges in den Völkerbund eintreten könne, wie es Frankreich nach 1870 unmaßlich gewesen wäre, ohne volle Anerkennung zum Berliner Kongress zu kommen.

Die „Germania“ bekräftigt den Kabinettsbeschluss als außenpolitischen Fortschritt, der voraussichtlich für Deutschland von großem Nutzen sein werde.

Der „Vorwärts“ bezeichnet die Voraussetzungen der Behandlung Deutschlands als Hauptmacht als allgemein zu billigen und fragt nach den übrigen Bedingungen.

Französische Stimmen.

1. Paris, 24. Sept. Das Communiqué der Reichsregierung wird verschiedentlich ausgelegt. Während einige Blätter die Absicht der Reichsregierung feierlich, sich sofort um die Aufnahme in den Völkerbund zu bewerben, neigen andere dazu, diese Frage als vorläufig verlagert anzusehen. Soweit ein Urteil auf Grund der Pressekommentare gefällt werden kann, ist ersichtlich, daß der Standpunkt der deutschen Regierung zum größten Teil anerkannt und zugegeben wird. Einen günstigen Eindruck hat der Umstand hervorgerufen, daß, wie sich aus dem Communiqué erkennen läßt, auf die Notifizierung der Kriegsschuldnote verzichtet werden soll. (2) „Le Nouvelliste“ erklärt, daß diese Verzichtleistung die wirklich entscheidende Handlung bedeute, die Deutschland's Minister gestern beschlossen hätten.

3. Genf, 24. Sept. Der Beschluss der Reichsregierung zur Frage des deutschen Beitritts in den Völkerbund, der hier mit großer Spannung ermartet worden war, wurde im Verlaufe des ganzen Nachmittags und Abends von allen Delegationen lebhaft kommentiert. Der Eindruck, den der Beschluss hervorrief, war, soweit das Urteil zu beurteilen ist, ein allgemein günstiger. Zu besonderen Erörterungen gab nur hier und da der Schlußakt Anlass, in dem Garantien gefordert werden, die sich sowohl auf die Stellung Deutschlands im Völkerbund, wie auch auf bestimmte andere unmittelbare damit zusammenhängende Fragen beziehen, da man nicht im klaren darüber war, welche Fragen damit gemeint sind. Im übrigen wurde der Schritt der Reichsregierung durchweg gebilligt.

4. Paris, 24. Sept. Dr. Nansen erklärte dem Sonderberichterstatter des Matin in Genf, nachdem er Kenntnis von dem gestrigen Kabinettsrat der deutschen Regierung genommen hatte: Ich glaube, daß die deutsche Regierung jetzt die Notwendigkeit, in den Völkerbund einzutreten, erkannt hat. Die Reserven, die gemacht werden, sind nötig, um die Opposition zu beschwichtigen.

Wenige Minuten später erklärte Dr. Breitscheid dem Sonderberichterstatter des Matin, Graf Kessler werde nach Genf zurückkehren, und die nötigen Verhandlungen für die Zulassung Deutschlands würden unmittelbar beginnen.

Die Garantie für diese Zulassung muß dem Abg. Breitscheid überlassen bleiben. Es muß reichlich bezweifelt werden, daß er mehr wissen will als die deutsche Regierung selbst.

Gegen Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

1. Paris, 24. Sept. Es läßt sich jetzt an Hand allgemeiner Informationen sagen, daß Frankreich einem sofortigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht zustimmen wird. Für die ablehnende Haltung der französischen Regierung sind verschiedene Gründe maßgebend: Als einen wichtigsten läßt man heute den gelten, wonach Deutschland die Abrüstungsklausel noch nicht erfüllt habe. Auf französischer Seite besteht die Absicht, sich einer Ablösung der interalliierten Kontrollkommission durch einen Organismus des Völkerbundes vor der erfolgreichen Durchführung der Kontrolltätigkeit, die noch drei Monate dauern soll, entschieden zu widersetzen. Ueber die tieferen Gründe, die für diese Einstellung des Pariser Kabinetts maßgebend sind, läßt sich die Presse mit bemerkenswerter Offenheit aus. „Le Temps“ und „Journal des Débats“ hehlen fest, daß Deutschland, wenn ihm ein ständiger Sitz im Völkerbundsrat zur Verfügung gestellt würde, die Gelegenheit wahrnehmen werde, eine Revision des Versailler Vertrages herbeizuführen. Wenn Deutschland einen ständigen Sitz im Rat erhalte, so habe es sich damit die Stellung einer europäischen Großmacht wieder verschafft, da es in die Lage gesetzt werde, in sämtlichen wichtigen Fragen einzugreifen und seinen Einfluss zur Verteidigung seiner Interessen auszuwenden. Die beiden Blätter versuchen nachzuweisen, daß, wenn Deutschland einen Sitz im Völkerbundsrat erhält, Polen seinerzeit eine Vertretung im Rat beanspruchen könne. Es würde sonst der Fall eintreten, daß Deutschland die oberste politische Frage wieder auszurollen verusche, ohne daß sich jemand der Interessen Polens annehmen könne.

Kein offizieller Schritt des englischen Botschafters in Berlin.

1. London, 24. Sept. Nach Reuter wird die Meldung, daß Lord d'Abernon in Berlin eine Note übergeben habe, die den Ausdruck des britischen Kabinetts über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zum Ausdruck bringe, absolut bestritten. In Berlin hätten wohl private Unterredungen stattgefunden, die englische Regierung habe aber kein Wohl daraus gemacht, daß sie ihre Ansichten über die Voraussetzungen der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund mitzuteilen, nicht in der Lage sei. Immerhin erklärt die englische Regierung erneut, daß sie den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gern sehe.

Die Last der Finanzkontrolle in Oesterreich.

1. Wien, 24. Sept. Im Hauptauschuss des Nationalrats stellte im Anschluss an den Bericht des Bundeskanzlers über Genf und das Referat des Finanzministers Kienböck der Abg. Bauer (Soz.) einen Antrag, der u. a. besagt: In der Erwägung, daß die in Genf abgeschlossene Vereinbarung eine nachhaltige Verlängerung der ausländischen Kontrolle über die Republik in Aussicht nimmt, ferner, daß die in dieser Vereinbarung enthaltene Begrenzung der Ausgaben die Verteidigung wichtiger staatlicher, sozialer und kultureller Bedürfnisse unmöglich macht, wünschenswert ist die in Genf abgeschlossene Vereinbarung.

2. Fink (Christl.-sozial) brachte dagegen einen Antrag ein, wonach der Hauptauschuss den Bericht der Regierung über das Ergebnis der Verhandlungen in Genf zur Kenntnis nimmt und die Regierung auffordert, schleunigst alle Maßnahmen zu treffen, welche nach dem Bericht des Finanzministers die Voraussetzungen für die Erleichterung und allmähliche Beendigung der Kontrolle bilden.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag Bauer abgelehnt, der Antrag Fink mit Mehrheit angenommen.

Schutzforderungen der englischen Bergarbeiter.

(Kunstpdruck.)

1. London, 24. Sept. Die Bergarbeiterführer beabsichtigen, bei ihrer Konferenz mit Mac Donald einen Plan zum Schutz der britischen Kohlenindustrie vorzulegen. Sie reiten an, daß für die deutschen Bergarbeiter eine kürzere Arbeitszeit eingeführt werden sollte, um die deutsche Kohlenproduktion herabzusetzen und hierdurch der britischen Industrie die Möglichkeit zu geben, von einer Herabsetzung der Löhne oder einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abzusehen.

Deutsch-englisches Wirtschaftsabkommen?

1. Paris, 24. Sept. Der Berliner Vertreter des „Journal“ glaubt zu wissen, daß Deutschland und England am 30. August ein Wirtschaftsabkommen getroffen haben, wonach beide Nationen sich gegenseitig die Klausel der Meistbegünstigung einräumen. England verpflichtet sich auf Grund eines Vorabkommens, auf die Erhebung der Zoprozentigen Abgabe, der die deutschen Einfuhrwaren bisher unterlagen, zu verzichten. Andererseits wird die plötzliche Abreise der belgischen Delegation aus Berlin nach dem genannten Korrespondenten damit begründet, daß die Belgier der britischen Auffassung beipflichten und ebenfalls Deutschland die Meistbegünstigungsklausel einzuräumen wünschen. Die Delegation hätte aus Brüssel nur begrenzte Vollmachten mit auf den Weg bekommen.

Vor deutsch-italienischen Wirtschaftsverhandlungen.

1. Rom, 24. Sept. Im „Corriere della Sera“ schreibt der frühere Abg. Girelli, um den deutschen Markt für die Bodenprodukte Italiens wieder zu eröffnen, müßte sich Italien entschließen, der deutschen Industrie entsprechende Zugeständnisse zu machen. Es wäre heute keine große Gefahr vorhanden, daß die italienische Industrie durch die deutsche Industrie ernstlich gefährdet werden könnte, wenn man die hohen Löhne in Deutschland, sowie die hohe Valuta berücksichtigt und den Umstand, daß die Zollposten in Dollarwährung zu bezahlen seien. Ein neues deutsches Dumping sei ausgeschlossen. Am 26. September wird in Mailand die große Versammlung der interessierenden Industrie tagen, um über den Handelsvertrag mit Deutschland zu beraten. Bedauerlich sei, daß demgegenüber die italienischen landwirtschaftlichen Exporteure sich wenig rührten. Nur wenn man Deutschland einführermäßig für gewisse Maschinen und für seine chemischen Produkte gewähre, sei Aussicht vorhanden für Zugeständnisse auf landwirtschaftlichem Gebiet.

Der Reichswirtschaftsrat zum neuen Zolltarif.

1. Berlin, 24. Sept. Der wirtschaftspolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Frage des neuen deutschen Zolltarifs. Nach eingehender Aussprache wurde ein Arbeitsausschuss, bestehend aus 18 Mitgliedern gebildet, der die neuen Zollvorschriften unter Hinzuziehung von Sachverständigen beraten und mit tünlicher Beschleunigung der Reichsregierung Richtlinien für die beizuhaltenden Handelsvertragsverhandlungen geben soll. Weiter wurde eine Entschliessung Dr. Fieders zur Weitergabe an die Reichsregierung angenommen, in der die Befreiung des seit Beendigung des Krieges von vielen Ländern angewandten Hochschutzzollsystems verlangt und gefordert wird, daß die Reichsregierung bei den kommenden Handelsvertragsverhandlungen nach wie vor von einem mächtigen Zollschutzsystem auszugehe. Weiter wird die Regierung aufgefordert, mit größter Beschleunigung einen als Grundlage für die Handelsvertragsverhandlungen geeigneten neuen, sorgfältig ausgearbeiteten Zolltarif unter Mitwirkung des Reichswirtschaftsrates anzuarbeiten.

Maßnahmen gegen die Notlage der Landwirtschaft.

1. Berlin, 24. Sept. Im Hauptauschuss des preussischen Landtages, der sich gestern mit der preussischen Steuernotverordnung beschäftigte, schlug in der Generaldebatte der Finanzminister v. Richter in Anbetracht der schlechten Lage der Landwirtschaft vor, in weitesten Gebieten eine gesetzliche Regelung zu treffen, daß die Hauszinssteuer für landwirtschaftliche Wohngebäude bis 1. Juli 1925 nicht erhoben wird. Insbesondere ersuchte er auf die Koalitionsparteien dahin zu wirken, daß sie über diese Frage zu einer Einigung komme, da er sonst nicht in der Lage sei, fernerhin die erhöhten Beamtensgehälter zu zahlen.

Keine Besprechungen über Regierungs-umbildung.

1. Berlin, 24. Sept. Wie die Telegrammen-Union erfährt, ist die Frage der Regierungs-umbildung in dem gestrigen Kabinettsrat nicht zur Sprache gekommen. Wenn die Ministerpräsidenten, der Auswärtige Ausschuss und die Parteiführer über die Beschlüsse, die die Zustimmung sämtlicher Kabinettsmitglieder gefunden haben, unterrichtet werden, steht noch nicht fest.

Die Aufhebung der Ausweisungen.

1. Koblenz, 23. Sept. Man hofft, daß die Interalliierte Rheinlandskommission schon in den nächsten Tagen der deutschen Delegation eine weitere Liste wiederabgehobener Ausweisungen überreichen wird. Nach ihrer Auffassung sind gegenwärtig noch zwischen 400 bis 500 Ausweisungen in Kraft. Der überwiegend größte Teil von ihnen wird sich, wie der Berichterstatter der „Frankf. Sta.“ hört, auf der jetzt zu erwartenden letzten Zulassungsliste befinden. Damit scheint die Rheinlandskommission dann jene generelle Zurücknahme ihrer Ausweisungsbeehle als abgeschlossen zu betrachten, die in dem Notenwechsel vom 30. August vereinbart worden ist. Die dann noch übrigbleibenden Fälle sollen die „cas particuliers“ darstellen, für die ihr ein Nachprüfungsrecht vorbehalten ist. Damit erst wird der Zeitpunkt erreicht sein, in dem verhandelt werden kann über die einzelnen Ausweisungen, welche nach französischer Auffassung nicht unter den allgemeinen Grundrath der Zurücknahme fallen sollen.

Den Gegenstand der gegenwärtigen Verhandlungen — auf diesem Gebiete — zwischen Rheinlandskommission und deutscher Abordnung bilden also nicht die einzelnen Ausweisungen, sondern, abgesehen von dem Bemühen, eine schleunigere Regelung der Erlaubnis zur Rückkehr herbeizuführen, beschäftigt man sich mit dem Problem alsbaldiger Wiederzulassung ausgewiesener Beamten zu ihrer Amtstätigkeit.

Eine Beleidigungsklage Hitlers.

1. München, 24. Sept. Sanitätsrat Dr. Pittinger hatte am 20. März ds. J. in einer Versammlung in Augsburg erklärt, Hitler habe von den Franzosen Gelder erhalten; der englische Arbeiterführer Morel habe dies Herrn von Raht erzählt. Adolf Hitler hat auf Grund dieser Äußerungen gegen Sanitätsrat Dr. Pittinger Beleidigungsklage erhoben, über die heute vor dem Amtsgericht München verhandelt wurde. Der als Zeuge erschienene Kapitänleutnant Wenig, der bei dem Gespräch zwischen Herrn von Raht und Morel als Zeuge fungiert hatte, erklärte, daß das Gespräch Mitte Oktober stattgefunden habe. Morel fragte, wie Dr. Raht zu Hitler siehe. Raht erklärte, er halte Hitler persönlich für einen Ehrenmann. Er und Hitler verfolgten dieselben Ziele, nur seien sie sich über den Weg nicht einig. Morel erwähnte, daß er eben von Paris komme. Dort habe er sich mit Freunden und Bekannten an höchster Stelle besprochen und man habe ihm dabei erklärt, daß ein großer Teil der Gelder, die Hitler bekomme, aus französischen Quellen gestammt hätte. Herr von Raht erwiderte darauf, er müsse es zurückweisen, daß Hitler verdächtigt werde, denn er sei überzeugt, daß Hitler kein Geld annehmen werde, wenn er eine Ahnung davon habe, daß das Geld französischen Ursprungs sei. Morel wies darauf hin, daß Hitler auch nicht wissen könne, woher das Geld komme, denn dieses sei durch sechs bis acht Hände gegangen, die Sache sei sehr verwickelt. Es wurde Antrag gestellt auf Einvernehmen zweier Zeugen, von denen der eine bezeugen soll, daß General de Meck sehr ärgerlich war, als er erfuhr, daß der Hitlerputz schon am 9. November erledigt war. Der andere Zeuge würde aussagen, daß man in der Schweiz schon vor dem 8. Novemb. von dem Hitlerputz wußte. Rechtsanwält Räder schloß sich diesem Antrag an, worauf die Verhandlungen zur Vernehmung dieser zwei Zeugen ausgesetzt wurden.

Um die Auswertung.

1. Berlin, 24. Sept. Der Unterausschuss des 18. Reichstagsausschusses, der sich mit der Auswertungfrage beschäftigt, nimmt seine Beratungen wieder auf.

Der „Vokalanziger“ berichtet, daß in diesen Tagen der Fürstbischof Vertram von Breslau als Dozent der Fuldaer Bischofskonferenz eine Eingabe an den Reichstagsrat gerichtet hat, in der es heißt:

In wirtschaftlichen Kreisen hat sich die Ueberzeugung gefestigt, daß die dritte Steuernotverordnung nicht anrecht zu erhalten ist, so groß ist die Zahl der Opfer, die die Verordnung bereits gefordert hat, so groß die Erschütterung des Vertrauens in die Rechtsordnung, die sie gebracht hat, so groß der Gegensatz, in dem sie zu den Anforderungen der Moral und der Gerechtigkeit steht. Namens der auf der Fuldaer Bischofskonferenz vereinigten Oberhirten der deutschen Diözesen richte ich an Ew. Exzellenz die dringende Bitte, baldigt der Aufhebung der dritten Steuernotverordnung näher zu treten und eine Regelung herbeizuführen, die den Anforderungen der Moral und der Gerechtigkeit entspricht.

Tagung der Außenhandelskammern.

Die Ansprache des Reichspräsidenten und des Reichsaussenministers.

1. Berlin, 24. Sept. Anlässlich der Tagung der Außenhandelskammern in Berlin fand Dienstagabend im Hotel Esplanade ein Begrüßungsabend statt. Der Präsident des Industrie- und Handelstages, Franz von Mendelssohn, gab in seinen Begrüßungsworten an die Erschienenen aus dem Ausland, von den Regierungen des Reiches und der Länder, des Reichstages, des preussischen Landtages, der Stadt Berlin, der großen Spitzenverbände von Industrie und Handel und der Presse seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Vertreter der deutschen Handelskammern im Ausland dem Rufe des Industrie- und Handelstages von nach und fern, vom Kontinent und aus Übersee, in großer Zahl gefolgt seien. Mit besonderer Dankbarkeit begrüßte er den Reichspräsidenten.

Reichspräsident Ebert

nahm darauf das Wort und führte u. a. aus: Mit besonderer Freude bin ich Ihrer Einladung zum heutigen Abend gefolgt, denn es ist eine bedeutende Tat, daß der Deutsche Industrie- und Handelsstag die Organisation, die sich die Auslandsdeutschen geschaffen haben, um ihre wirtschaftlichen Interessen zu vertreten, zu einer Tagung in die Heimat lud. Gegenseitiges Vertrauen und gegenseitige Achtung werden die harte Arbeit erleichtern, die erforderlich ist, um die schwereren Verpflichtungen zu erfüllen, die im Londoner Abkommen übernommen werden mußten. Die Erfüllung dieser Pflichten aber ist vor allem ein deutsches Problem, wie früher, an der Weltwirtschaft teilzunehmen. Zu der Seite der Wieder, die in dieser Richtung wirken und wirtschaftliche Selbstbefriedigung anstreben, sind die ausländischen Handelskammern zu wichtiger Mitarbeiter berufen. Möge die Tagung reich sein an Anregungen und Gewinn zum Besten aller Deutschen drinnen und draußen, zum Besten des Vaterlandes.

Im Anschluß an die Rede des Reichspräsidenten nahm

Reichsaussenminister Dr. Stresemann

das Wort zu kurzen Ausführungen, in denen er u. a. sagte:

Die Reichsregierung begrüßt es mit aufrichtiger Freude, daß der Gedanke des Industrie- und Handelstages, diese Zusammenkunft herbeizuführen, verwirklicht worden ist. Der Krieg und das, was ihm folgte, hat viele Tausende im Ausland, insbesondere die deutschen Kaufleute, um Haß und Gut gebracht, da ihnen entgegen dem, was bisher als Recht galt, ihr Privateigentum genommen wurde. Die Aussicht auf einen — wenn auch langsamen — Wiederaufbau unserer Wirtschaft und unserer Auslandsbeziehungen hat uns die Sorge für die, die fast alles verloren haben, nicht vergessen lassen. Die Bemühungen, ihnen das, was noch übrig ist, zu erhalten und die Entschädigungen für das Verlorene zu erhöhen, sind im Gange. Für Erfolg hängt leider nicht von uns, sondern von unseren Gegnern ab. Es erscheint aber die Hoffnung nicht unbegründet, daß im Verfolg der Londoner Abmachungen auch diese Frage sich in einer für uns erträglichen Weise wird regeln lassen. Wenn die Reichsregierung den Londoner Abmachungen zustimmt, so tat sie es vor allem deshalb, um für die deutsche Wirtschaft und Industrie feste Verhältnisse zu schaffen. Nur der Glaube an Deutschlands Zukunft läßt uns die Lasten tragen und hoffen, daß wir die Arbeitskraft finden, die zum Wiederaufbau notwendig ist. Wir brauchen nicht gesenkten Hauptes als moralisch niedriger stehend durch die Welt zu gehen. Das Wort des Großen Kurfürsten: „Sei stolz, daß du ein Deutscher bist“, gilt gerade jetzt für unser Deutschland. Lassen Sie sich nicht hinsetzen in die Kämpfe der deutschen Funktionenpolitik, dem Ausland gegenüber darf es nur ein Deutschland geben. Der Rede des Außenministers folgte der Gesang des Deutschlandliedes.

Erfinderschiedsal.

Von Liesbet Dill.

Die meisten großen Männer, die genialen Schöpfer, Denker und Forscher, deren Erfindungen wir uns jetzt zunutze machen, haben ein Leben voller Kämpfe und Entbehrungen gelebt, sind unglücklich und elend zu Grunde gegangen, oder wurden für Narren erklärt. Sie haben für die Verwirklichung ihrer Ideen gelebt und sind dafür gestorben, wie Helmholtz.

Gallei, Professor in Pisa, der öffentlich gegen Aristoteles auftrat und die Jupitermonde entdeckte, wurde auf der Universität mit Pfeilen empfangen und mußte seinen Kontrakt lösen, als er die Nichtigkeit seiner Behauptungen bewies.

Peter Ramus, der fühne Gegner Aristoteles', der dessen Logik nicht gelten lassen wollte, entfesselte einen Sturm der Entrüstung an allen Universitäten, wurde seiner Lehrstelle als Professor der Mathematik und Philosophie entsetzt und in der Bartholomäusnacht ermordet.

Der Erfinder des Dampfbootes Papin, der sein Leben dem Plan widmete, ein Schiff durch Dampfkraft zu bewegen, starb unbekannt, in elenden Verhältnissen.

Die „Edinburgh Review“ forderte das Publikum auf, Thomas Gray in eine Zwangsjacke zu stecken, weil er den Plan von Eisenbahnen entwarf.

Als die Gasbeleuchtung der Straßen eingeführt werden sollte, eiferte die „Königliche Zeitung“ in der Nummer vom 25. April 1828 dagegen, es sei unzulässig, die „von Gott dunkel geschaffene Nacht“ zu erhellen.

Als der Erfinder Stephenson vorschlug, Lokomotiven auf der Liverpool-Gloucesterbahn zu benutzen, führten die Gelehrten an, daß es unmöglich sei, zwölf englische Meilen in einer Stunde zurückzulegen.

Die Ermäßigung der Umsatzsteuer.

Berlin, 24. Sept. Durch Verordnung des Reichspräsidenten über wirtschaftlich notwendige Steuerermäßigungen vom 14. September ist der Satz der allgemeinen Umsatzsteuer für die Umsätze vom 1. Oktober ab von 2 1/2 v. H. auf 2 v. H. ermäßigt worden. Darüber, ob der Umsatz vor oder nach dem 1. Oktober liegt, entscheidet nach den Durchführungsbestimmungen bei der Besteuerung nach vereinnahmten Entgelten (Steinnahme) der Zeitpunkt der Vereinnahmung, bei der Versteuerung nach Leistungen und Lieferungen (Sollentnahme) der Zeitpunkt der bewirkten Leistungen. Die Steuerpflichtigen, die zu monatlichen Umsatzsteuervorauszahlungen verpflichtet sind, haben daher erstmals im November für die Umsätze im Oktober, die Steuerpflichtigen, die zu vierteljährlichen Steuervorauszahlungen verpflichtet sind, erstmals im Januar 1925 für die Umsätze vom Oktober bis Dezember 1924 Umsatzsteuer in Höhe von 2 v. H. zu entrichten. Dagegen haben sowohl Monats- als auch Vierteljahreszahlungen bei Vorauszahlung im Oktober 1924, die sich auf Umsätze vor dem 1. Oktober 1924 beziehen, noch 2 1/2 v. H. zu zahlen. Um mit der Ermäßigung bezweckte Preisentwertung auch bei Bindung an länger zurückliegende Verträge zu ermöglichen, mußte ein zivilrechtlicher Anspruch des Abnehmers auf Preisnachlass geschaffen werden. Mit der Preisvereinbarung vor dem 25. September 1924, also zu einer Zeit getroffen, zu der die Kenntnis von der neuen Regelung noch nicht allgemein durchgedrungen war, so hat der Lieferungsverpflichtete dem Abnehmer einen Nachlass in Höhe von 1/2 v. H. des Entgelts zu gewähren. Die Durchführungsbestimmungen sehen schließlich vor, daß den Ausführhändlern in den Fällen, in denen der Umsatz ins Ausland vor dem 1. Januar 1924 getätigt wird, noch 2 1/2 v. H. des Preises vergütet werden, sofern der Vergütungsanspruch selbst bis 31. Januar 1925 geltend gemacht ist.

Deutsches Reich

Die anhaltischen Landtagswahlen.

1. Dessau, 23. Sept. Die Deutsche Volkspartei, Deutschnationale Volkspartei und der Landbund haben unter der Bezeichnung „Volksgemeinschaft Stadt und Land“ ein gemeinsames Vorgehen zu den am 9. November stattfindenden Landtagswahlen beschlossen.

Verurteilung eines Mannheimer Kommunisten.

Leipzig, 24. Sept. Der süddeutsche Senat des Staatsgerichtshofes unter Vorsitz des Reichsgerichtsrates Döhrn verurteilte den Parteimitglied Ernst Sämann aus Brühl-Mohrdorf bei Mannheim wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Lateinisch mit dem Vergehen gegen Paragraph 7 des Gesetzes zum Schutze der Republik zu drei Jahren Gefängnis und 300 M. Geldstrafe. Die Geldstrafe, sowie acht Monate Freiheitsstrafe gelten durch die Untersuchungshaft als verbüßt. Der Angeklagte war im Herbst 1923 Nachrichtenleiter der K.P.D. in Mannheim. Er bearbeitete den Bezirk Baden und wurde dafür mit amerikanischen Dollars bezahlt. Unter Gebrauch verschiedener Decknamen sammelte er politische und militärische Nachrichten und sand auch mit der Tscheka in Verbindung. An den Bestrebungen der K.P.D., die Verfassung gewaltsam zu ändern, hat der Angeklagte äußerst regen Anteil genommen.

Berschiedene Meldungen

Frankfurt und der Vatikan.

Frankfurt, 24. Sept. Die „Frankfurter Ztg.“ meldet aus Rom: Der Vatikan ist lebhaft beunruhigt durch Pariser Meldungen, daß der Kredit für die vatikanische Postanstalt gesunken wird, und befürchtet, daß Herriot eine minder freundschaftliche Politik treiben werde als Poincaré. Vatikanische Kreise verweisen auf zahlreiche Begünstigungen der französischen Politik durch den Vatikan in jüngerer Zeit, wie das

Recht zur Verleihung des kanonischen Doktorgrads an die Universität Straßburg übertragen, ferner das Heer der Armenienempfänger im Ruhrgebiet, vom deutschen geistlichen Einfluß unabhängig gemacht und endlich den französischen Einfluß im Orient gefördert zu haben. Der Vatikan könne nicht zugeben, daß Frankreich das Fortbestehen der Postanstalt als Prämie für die Verhütung der elsässischen Katholiken in der Konfessionsfrage aussehe, da zwar die Kurie ihre ganze Macht für die Verhütung einsetze, aber den Erfolg nicht verbürgen könne.

Attentatsplan einer Irrenklinik gegen Herriot.

3. Paris, 23. Sept. (Eig. Drahtber.) Als heute Nachmittag Ministerpräsident Herriot den Ministerrat in Rambouillet verließ, wäre er beinahe das Opfer eines Attentats geworden, wenn die betreffende Frau nicht im letzten Moment doch noch sich eines besseren besonnen hätte. Einige Minuten bevor Ministerpräsident Herriot das Schloß verließ, begab sich die 54-jährige Vigot-Pemian zu der Wache im Schloß des Präsidenten im Rambouillet und erklärte, daß sie die Absicht gehabt hätte, den Ministerpräsidenten Herriot zu erschießen, daß sie aber im letzten Moment nicht den Mut dazu aufgebracht habe. Gleichzeitig übergab sie der Wache einen Revolver. Bei dem sofort angestellten Verhör stellte sich alsbald heraus, daß die Angaben der Frau vollkommen zusammenhänglos und verworren waren, so daß man bald zu der Überzeugung gelangte, es sei mit einer Geisteskranken zu tun zu haben. So ergriffte sie u. a., daß sie bereits einmal nach Lyon gefahren wäre, um dort den Ministerpräsidenten Herriot anzukommen, aber daß sie auch damals sich nicht habe entschließen können, zu schießen, weil Herriot einen zu günstigen Eindruck auf sie gemacht habe. Ferner erzählte sie noch, daß sie von ihrem Manne geschieden sei und bereits im Jahre 1912 sich mit politischen Attentatsabsichten herumgetragen habe, denn dazumal hätte sie bereits ein Attentat auf Briand ausüben wollen, doch sei es auch damals nicht soweit gekommen. Die Frau wurde bereits in eine Irrenanstalt eingeliefert.

Militärischer Abbau der Belgier.

Frankfurt, 24. Sept. Der „Freie Ztg.“ wird aus Arefeld gemeldet: Von belgischer Seite wird mitgeteilt, daß in Verbindung mit der Räumung des Ruhrgebietes zurzeit große Umgruppierungen der belgischen Wehrmacht in den Sektoren Neuh-Gelderns-Gleve-Arefeld und M. Gladbach stattfinden. Dem Oberbefehlshaber des belgischen Truppenkontingents im besetzten Gebiet, General Burquet, wurde aus Brüssel der Auftrag erteilt, die gesamte Räumung der vierien Zone im Frühjahr 1925 vorzubereiten. Nach der Räumung der Kölner Zone wird der größte Teil der belgischen Truppen aus dem Rheinland zurückgezogen.

Der Nachfolger Degouttes.

1. Paris, 23. Sept. Nach dem Militärblatt „Messin“ wird General Degoutte durch den General Targe, der das 13. Armeekorps in Clermont-Ferrand befehligt, ersetzt werden. General Targe hat bereits die Altersgrenze erreicht, wurde jedoch durch einen besonderen Erlaß Kollets in seinem Amt belassen.

Schweres Straßenbahnunglück in Essen.

1. Essen, 24. Sept. Auf der Straßenbahnlinie Langendreer-Witten entgleiste gestern nachmittag auf der abfälligen Sodummeer Straße ein Wagen der rheinisch-westfälischen Straßenbahn. Der Wagen schlug um und begrub die Passagiere unter sich. Elf Fahrgäste mußten mit zum Teil schweren Verletzungen ins Wittenener Krankenhaus gebracht werden. 12 weitere begaben sich in ärztliche Behandlung.

Direktes Telephon Danzig-Genf.

Danzig, 24. Sept. Gestern abend 8 Uhr fand zum ersten Male ein direktes Telephongespräch zwischen Genf und Danzig statt, und zwar zwischen dem Genfer Vertreter des W.B. und dem Danziger Vertreter des W.B. Der Genfer Vertreter des W.B. ließ in diesem Gespräch dem Präsidenten der Freien Stadt Danzig die herzlichsten Grüße der deutschen Journalisten in Genf übermitteln.

Kunstveranstaltungen zur Karlsruher Herbstwoche 1924.

VI. Kunsthaus Sebald.

Einen Teil der vorigen Ausstellungsepoche von V. und B. J. 1924 ist nunmehr als graphische Leistung ein Ueberbild über das Schaffen Alfred Kubins angefügt worden.

Kubin ist der Zeichner des Phantastischen, Unheimlichen, des nervös Ueberreizten, der Gestalter der vierten Dimension, aber auch der Satiriker des Tages und der Ironiker der Nacht. Er charakterisiert einmal sein Schaffen mit den Worten: „Meine Blätter, in der düstern und fahlen Stimmung des Traumreichs gehalten, sprachen auf verborgene Weise mein Wesen aus. Fleißig studierte ich die Poesie der dumpfigen Höfe, der verborgenen Dachkammern, der schattigen Hinterzimmer, staubigen Wendeltreppen, usw. ... Immer wieder auf neue Art variierte ich den einen melancholischen Grundton, das Glend der Verlassenheit und den Kampf mit dem Unverständlichen. ... Ein fragmentarischer Stil, mehr geschrieben als gezeichnet, drückte wie ein empfindliches, meteorologisches Instrument die geringsten Schwankungen meiner Lebensstimmung aus. ... „Psychographik“ nannte ich dieses Verfahren und wollte später Erklärungen dazu verfaßen. Im Bezirk neuen Schaffens fand ich die Entlastung, die mir so not tat.“

Darin liegt schon das für eine gesunde Empfindung Krankhafte der Kubinschen Kunst. Sie ist eine psychologische Ankerung und wirkt mit der Kraft des Unheimlichen auf ähnlich empfindende Seelen. Der „Fall Kubin“ ist mehr eine psychiatrie, als künstlerisch selbstbegründete Welt; die Neuerungen Kubins schweben zwischen Wirklichkeit und Dämmer- oder Traumleben. Alle diese grotesken oder schauerlichen Ueberreizungen werden auf den natürlich und normal Empfindenden etwas Schreckhaftes,

Ein deutscher Arzt in Newyork als Mordgehilfe verhaftet.

1. Heidelberg, 22. Sept. Aus Newyork kommt die aufsehenerregende Mitteilung, daß dort ein angehender deutscher Arzt, Dr. Hugo Loehinger, der an der hiesigen Universität seine Studienjahre verbrachte, unter dem Verdacht der Mithilfe eines Mordanschlages auf einen reichen Pelzhändler verhaftet worden ist. Der 61 Jahre alte Dr. Loehinger habe dem Pelzhändler das Angebot gemacht, ihm 43.000 Dollars Freiheitskauf zu leisten, die angeht aus einem Diebstahl herrührten, für 7000 Dollar zu verkaufen. Der Pelzhändler, der nur scheinbar auf diesen Kauf eingegangen sei, benachrichtigte sofort die Polizei, die ihn veranlaßte, eine Zusammenkunft mit den Verhafteten zu verabreden. Diese fand in der Wohnung eines gewissen Nadus statt, der unter der Anklage der Unterschlagung steht, sich aber gegen Bürgschaft auf freiem Fuß befand. Als der Pelzhändler bei Nadus eintraf, erschienen dort zwei Männer mit einer Handtasche, in der sich die gestohlenen Wertpapiere befanden. In dem Augenblick, als der Kauf vor sich gehen sollte, drangen jedoch die Kriminalbeamten ein und verhafteten Nadus und seine beiden Komplizen, beide vorbestrafte Schwerverbrecher. In der Handtasche fanden sich ein Paß alter Zeitungen, ein geladener Revolver und Stride vor, um ihn auszulündern und dann zu ermorden. Bei der Verhaftung des Arztes brach dieser völlig zusammen.

Opfer der Sturmflutkatastrophe an der dänischen Küste.

1. Bjerg, 24. Sept. In den letzten Tagen sind an der jütischen Westküste sechs Weichen angegriffen worden, die sich nicht mit Sicherheit identifizieren lassen. Man glaubt jedoch, die Leiche des Kapitäns des deutschen Dampfers „Theresia“ und seiner Frau erkannt zu haben. Die „Theresia“ ist als vermißt gemeldet. Das Schiff scheint bei dem letzten Drang mit Mann und Maus untergegangen zu sein. Es wird angenommen, daß ein Teil der übrigen angeschwemmten Leuten zur Befragung des Flensburger Dampfers „Virtia“ gehört, über dessen Schicksal gleichfalls nichts bekannt ist. Wahrscheinlich ist dieses Schiff in der Nordsee untergegangen.

Die Ernte des Todes. Briefe aus den Wolgalationen.

Die „Wolgadeutschen Monatshefte“ veröffentlichte eine Reihe von Briefen, die ein erschütterndes Bild von der Not unserer Landsleute in jenen Gebieten des russischen Reiches enthalten. Wir geben im Auszug Einiges wieder: Die Ernte ist fertig abgemacht, ohne Handanlegen, dieses Jahr bleibt uns nichts, als den Tod zu erwarren. In Gruppen und einzeln beginnen die Menschen den Bereich der Republik zu verlassen, das Vieh und Vermögen zu verkaufen, um sich rechtzeitig Vorräte von Nahrungsmitteln zu erwerben. Und das alles tut man ver einzelt, unorganisiert und bestürzt, indem man dort Rettung sucht, wo es keine geben kann — in der Flucht. Was ist das Ergebnis dieser Verätzung? Das Vieh, das Vermögen und sonstige Habe fällt die Märkte an, die Preise auf alle diese Dinge fallen mit jedem Tage immer mehr, alles wird für Groschen erworben, die Wirtschaft wird aufgegeben, die Spekulation wächst unaufhaltsam.

Da ist wieder ein Feind da, nämlich der Hunger, denn unser Felder sieht traurig aus; wir haben im Frühjahr gehofft in Hoffnung. Aber jetzt ist alles ausgebrannt. Nur noch ein kleiner Teil ist übrig, wo es noch ein bißchen gibt. Jetzt ist die Zeit da, man muß Korn mähen; aber es ist alles meist taub. Es ist traurig hier überhaupt. Korn kostet 2 1/2 Rubel und Verdienst ist feiner. Viele müssen verhungern bei uns in diesem Jahr, denn fünfmal Mähernten waren jetzt da, seit dem 20. Jahrgang. Die Not ist bei uns unheimlich.

Abstoßendes haben, während sie dem zerfahrenen und überreizten Seelenleben defakterer Naturen neue Anreize und Aufreize geben können. Eine Zeit, die derartige Schöpfungen hervorbringt und genießt, ist eben selbst defakter. Die Formverzerrung und -auflösung, das Lichtspiel mit hell und dunkel, das flackernd über die Flächen gleitend, zeigt, wie unruhig und unruhiger die schöpferische Seele geworden ist, und wie sehr aufgereizt das getrocknete Augen- und Seelenleben werden muß, um zu dieser überreizten Kunst überhaupt in ein Verhältnis zu kommen.

Mit wachsender ausgeglichener Monumentalität stehen dieser Kunst die vielfältigen Formen, und Glasuren der Sebald-Keramik gegenüber, die zurzeit in besonders reicher Fülle ausgekleidet sind. Die Sebald-Keramik bereichert den Reiz der farbigen Glasuren durch braune und rote Töne von Monat zu Monat.

Außerdem sind noch köstliche Wiener Porzellane mit zarten Blumenmalereien auf weißem Grund in Form von Schalen, Tassen, Kannen, Vasen usw. lassen die besten Zeiten alter Porzellanfertigkeit wieder aufleben. Sie sprechen von dem verfeinerten Sinn und Geschmack, den die Besthenden von heute hier noch leicht befriedigen können. Zum Schluß sei noch auf die sterblichen Goldbronzengewinne hingewiesen, die flüchtig und verweht zwischen den Wiener Porzellanen aufglänzen. J. A. W.

Theater und Musik

Mitteilungen des Badischen Landestheaters. Die bereits bekannt gegeben, am Sonntag, den 28. ds. Mts., Richard Wagners „Meinhold“ neu einstudiert und neu inszeniert zur Aufführung unter musikalischer Leitung des Operndirektors Fritz Cortolozzi. Spielleitung Oberregisseur Karl Etan. Die einzelnen Partien sind besetzt mit den Damen, Dr. Bremer-Doffmann, Hans, Gendel, Eicher, Wenzel und den Herren Bülhard, Glöck, Fehrer, Landt, Krennig, Peters und Dr. Wagnersennia.

Badische Politik

Keine Politik in der Schule.

Der badische Unterrichtsminister Dr. Hellpach hat an die Direktoren der höheren Schulen und Lehrerbildungsanstalten einen Erlaß über „Das Verhalten der Politik von der Schule“ gerichtet. Der Erlaß nimmt Bezug auf die in der Sitzung des Mannheimer Bürgerausschusses und im Landtag vorgetragenen Klagen über das Eragen und Anbringen von Plakaten politischen Charakters durch Schülerinnen einer höheren Mädchenschule und über Neuerungen einzelner Schülerinnen dieser Anstalt, die eine unangelegentlich antipolitische Einstellung vernehmen, und erklärt, daß diese Klagen sich zum Teil als richtig herausgestellt haben. Dagegen ist es nach den angelegentlich Erhebungen nicht zutreffend, daß Lehrer der Anstalt durch taktloses Auftreten oder durch unangelegentliches Verhalten im Unterricht eine Einwirkung auf das Verhalten der Schülerinnen in dieser Richtung ausgeübt hätten. Auch die Direktion hat in diesem Einzelfall, der zu ihrer Kenntnis gekommen ist, rechtzeitig und nachdrücklich eingegriffen. „Zimmerlin“ so heißt es in dem Erlaß weiter, „hat sich aus der Untersuchung ergeben, daß einzelne Schülerinnen, anscheinend unter Umständen oder äußeren Einflüssen, die Meinung geäußert haben, durch ihre Haltung eine bestimmte politische Auffassung zum Ausdruck zu bringen, die geeignet war, Andersdenkende zu verlesen. Diese Beobachtung ist mir ernstlich zu veranlassen, die Direktoren und Lehrer der höheren Schulen nachdrücklich und aufs allerernsteste darauf hinzuweisen, daß jede politische Betätigung von der Schule ferngehalten zu werden.“

Aufgabe des Lehrers als Erzieher ist und bleibt es, bei der Beirung politischer Fragen innerhalb und außerhalb der Schule, a. B. im Geschichtsunterricht und auf Wanderrügen, die lebende Leidenschaft der Jugend nicht noch aufzuwecken, sondern ihr die Wahrung einer gerechten Selbstbestimmung entgegenzusetzen. Die Direktoren aller Schulen müssen unermüdet dafür besorgt sein, ihre Anstalten mit solchen Mitteln zu erfüllen und geeignete Elemente an einem reinen Pflichtbewußtsein zu erziehen.“

Die württembergische Regierung und der Eintritt in den Völkerbund.

Wie das „Stuttg. Neue Tagblatt“ hört, hat sich die württembergische Staatsregierung dieser Lage an die Reichsregierung gewendet und erklart, sie gehe davon aus, daß vor einer endgültigen Entscheidung über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und über die Behandlung der Kriegsschuldsfrage die Vänderregierungen von der Reichsregierung gehört werden.

Was sagt die badische Regierung?

Die Notlage der Landwirtschaft.

Am 24. Sept. Eine Protokollversammlung des Bezirksvereins Völkerrat des badischen Landbundes sandte an das badische Ministerium eine Entschließung, in der energisch gegen die zur Erhebung gelangenden Holzmarktssteuern protestiert wird, die in keinem Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe ständen. Vor allem sei die Gebäudesteuer der Betriebe in unerhörter Weise. Dem Landtag und der Regierung sei vor dem Beschluß über diese ungerechten Steuern bekannt gewesen, wie die Landwirtschaft vor einer schlechten Ernte leide. Der Ausfall der Weinernte sei gering, unter diesen Verhältnissen die Landwirte zur Verzweiflung zu bringen. Die Landwirte müßten an diesen Protest noch eine Reihe von Forderungen, auf Herabsetzung der Wehrbeitragswerte, Festsetzung der Einkommensteuer nach dem wirklichen Reinertrag der Grundstücke, Beseitigung der Gebäudesteuer und Umgehsteuer, sowie Herabsetzung der Grund- und Gewerbesteuer.

Aus Baden

Besuch des Staatspräsidenten auf dem Heuberg.

Karlsruhe, 24. Sept. Staatspräsident Dr. Brücher besuchte gestern in Begleitung des Landtagsabg. Martin-Biettingen, des Abg. des Heubergers Bezirks, den ehemaligen Truppenübungsplatz Heuberg. Der seit langem geplante Besuch des Staatspräsidenten entsprach gleichermäßen dem Wunsch, sich in die durch den Beschluß des Truppenübungsplatzes entstandene Lage der Gemeinde Stetten a. L. M. genaue Einbildung zu verschaffen, wie den Betrieb des Heubergers Kindererholungsplatzes kennen zu lernen.

Der Staatspräsident hielt gleich nach seiner Ankunft im Rathaus von Stetten a. L. M. mit den Vertretern dieser Gemeinde eine längere Besprechung ab, bei der die Anliegen der durch die Aufhebung des Lagers Heuberg in außerordentlich schwierige Verhältnisse geratenen Gemeinde vorgetragen wurden. Daß die Regierung

einem seitens der Gemeinde oft geäußerten Wunsch, die Verhältnisse auf dem Heuberg in Augenchein zu nehmen, durch den Besuch des Staatspräsidenten Rechnung getragen hat, wurde von den Vertretern der Gemeinde bei dieser Aussprache dankend begrüßt.

Im Anschluß daran besuchte der Staatspräsident das von dem Verein Kindererholungsstätte für die Heuberg in einem Teil der Gebäude des ehemaligen Truppenübungsplatzes eingerichtete Erholungsheim für Stadtkinder. Unter Führung des Leiters des Erholungsheims, Geh. Rat Wunderlich, besichtigte der Staatspräsident die Einrichtungen des umfangreichen Betriebes, der zurzeit 2000 Stadtkinder eine meist 4-wöchige Erholung und Kräftigung bietet. Die besichtigten Einrichtungen — Küchen, Essensabgabe, Tagessäle, Schlafsäle usw. — machten einen ausgezeichneten Eindruck. Die erholungsbedürftigen Stadtkinder sind hier nicht nur für einen überaus geringen Verpflegungssatz sauber und freundlich untergebracht und kräftig ernährt, sondern auch dank einer geschickten, auf reicher Erfahrung aufgebauten Organisation in kleinen Familiengruppen wohl überwacht und in bester Obhut. Von besonderem Interesse waren die ausführlichen Mitteilungen der Führung über den Betrieb und die Verwaltung der großen Anlage. Danach steht das Erholungsheim, das Kinder aus allen Ländern des Reiches aufnimmt und zurzeit etwa 2000 Kinder aus badischen und etwa 1000 Kinder aus württembergischen Städten beherbergt, ganz auf sich selbst, d. h. es muß aus den Kassegeldern betrieben werden. Daß es in diesem Jahre seine regenreiche Tätigkeit fortsetzen konnte, war nur dank der Vereinfachung von Mitteln seitens der badischen Regierung möglich, die die Aufnahme des Betriebes in diesem Jahre überhaupt erst gestattete. Die bei der eingehenden Besichtigung gewonnenen Eindrücke veranlassen den Staatspräsidenten, der Leitung des Erholungsheims für die umsichtige und trotz aller Schwierigkeiten erfolgreiche Durchführung der regenreichen Aufgaben dieser wohl umfangreichsten deutschen Kinderfürsorge volle Anerkennung auszusprechen.

Bruchsal, 24. Sept. Der Altersverein

in Mannheim besuchte am Sonntag, 160 Personen Karl, amier Stadt. Nach einer durch den Vorsitzenden des Mannheimer Vereins, Professor Dr. Walter, gehaltenen kurzen geschichtlichen Einführung über das Hochstift Speier und seinen Einfluß auf die Vorgeschichte Bruchsal und einem herzlichen Begrüßungswort des Herrn Schmidler als Vorsitzender der Ortsgruppe Bruchsal der Badischen Heimat wurde das Schloß besucht. Nach der Besichtigung des im Schloß untergebrachten, reichen Heimatmuseums bereitete Stefan Wetterer (Bruchsal) durch einen Vortrag über die Baugeschichte des Schloßes auf die eigenliche Führung durch die Schlossgärten vor, die dann in mehreren Gruppen erfolgte. Am Nachmittag gab Prof. Dr. Hirsch (Heidelberg) von der Höhe des Belvedere aus einen Überblick über die historische Entwicklung der Stadt und ihrer Umgebung von der Germanen- und Römerzeit bis zur Gegenwart. Nach einem Besuch des neuerbauten Klosters Paulusheim, der in ebelem Barock gehaltenen Peterskirche und der altwürdevollen Stadtkirche erfolgte am Abend die Heimreise der Gäste.

Baden-Dos, 24. Sept. Am 21. September

starb in Baden-Dos, wohin er sich zur Kur begeben hatte, Graf Rudolf von Spee, württembergischer Kabinettschef und Geh. Kabinettsrat. — Wie das „Badener Tageblatt“ wissen will, sei, nachdem vor einigen Monaten das Bezirksamt abgebaut wurde, nunmehr auch die Aufhebung der amtlichen Untersuchungsanstalt geplant. Das Blatt legt im Interesse der Stadt schärfste Verwahrung gegen einen solchen Plan ein, der angeblich zugunsten des Karlsruher Institutes verwirklicht werden solle und hofft, daß die zuständigen Stellen sich gegen einen solchen „Abbauflug“ zur Wehr setzen und ihm die Genehmigung verweigern.

Oberkirch, 23. Sept. Die Vorlagen

der Gemeindeführung über die Rechtsverhältnisse der Gemeindebeamten und Gemeindebediensteten und über die Vertretung und Verwaltung der Stadtgemeinde Oberkirch wurden vom Bürgerausschuß angenommen. Die Niederwerbung von 65 ar 21 qm Gelände von der Firma Papierfabrik August Köhler zu 800 Gm. wurde genehmigt. Die Firma hat dieses Gelände im Jahre 1920 zu 1.40 Mark (Papiermarkt) je qm erworben und sich bereit erklärt, das nicht benötigte Gelände zum gleichen Preis, umgerechnet in Goldmark zurückzugeben.

Waltersweiler (bei Eßfurg), 23. Sept.

Beim Döbtrichen in Frazze der Landwirt Wendelin Kaufmann vom Baum und starb in der Nacht an den erlittenen schweren Verletzungen.

Wylten, 24. Sept. Kürzlich fuhr der 24-jährige

verheiratete Elektromonteur Otto Haberger mit seinem Motorrad am westlichen Dorfausgang auf einen entgegenkommenden Radfahrer, der noch einen Zweiten auf dem Fabe sitzen hatte. Während der Radfahrer und sein Beglei-

ter nur leichtere Schnittverletzungen davontrugen, erlitt Haberger schwere innere Kopfverletzungen, an deren Folgen er kurz darauf starb. Der Unfall wird darauf zurückgeführt, daß Haberger auf der linken Straßenseite fuhr.

Waldkirch, 23. Sept. In der Männerwallfahrt

auf dem Hörleberg am vergangenen Sonntag nahmen über 1000 Männer und Jungmänner teil. Die Wallfahrt verlief bei günstigem Wetter sehr erhebdend.

Bodman, 24. Sept. Am Sonntag abend

geriet der Dachstuhl des Hauses des Kaufmanns Gasser in Brand. Die Freiwillige Feuerwehr war in kurzer Zeit zur Stelle, so daß es bald gelang, des Feuers Herr zu werden. Immerhin ist der durch Feuer und Wasser verursachte Schaden ziemlich erheblich. Die Ursache des Brandes ist nicht bekannt.

Buggingen, 23. Sept. Das gestern nachmittag

vorüberziehende Gewitter mit fröhlichem Hagel richtete in hiesiger Gemarkung beträchtlichen Schaden an. Stellenweise wurden Bäume enturzelt, sowie an einigen Gebäuden des Kalkwerkes Schaden angerichtet.

Böhrenbach, 23. Sept. Am Samstag nachmittag

wanderte zwischen Hammersteinbach und Böhrenbach ein älterer Mann namens Karl Kirner aus Hammersteinbach hinter einem Heuwagen her. Als Kirner eben am dem Heuwagen seitlich vorbeigehen wollte, fuhr ein talabwärts kommendes Auto heran und erfasste Kirner, der schwere Verletzungen davontrug.

Wieskirch, 24. Sept. Wie erinnerlich, wurde

kürzlich die Stadtkirche und die sich darin befindende Pfarrkirche erbaut und beraubt. Der Gendarmerei ist es nun gelungen, die Täter dingfest zu machen.

Engen, 23. Sept. Ab 1. Oktober bilden die

abgesonderten Gemarkungen Hauferhof und Anseltingen eine einzige Gemarkung Anseltingen. Ebenso wird die Gemarkung Amtenhausen mit der Gemeinde Zimmern vereinigt.

Konstanz, 24. Sept. Durch neue

Kendierungen in der Voranschlagsberatung 1924/1925 für die Stadt Konstanz wurden die Einnahmen von 1.765.610 M auf 2.126.670 M und die Ausgaben von 2.613.480 M auf 2.881.600 M erhöht. Der Anteil an den Reichseinkommens- und Körperschaftssteuern und an der Umlagesteuer allein brachte 260.000 M Mehrerinnahmen. Mit Zustimmung des Bürgerausschusses wurde der Umlagefuß auf 65 % festgesetzt. Die restlichen 754.000 M sollen durch die Umlage gedeckt werden. Die Umlage wird künftig monatlich erhoben werden. — Durch Bürgerausschuß-Beschluß wird das städtische Schlachthaus um den Preis von 35.000 M auf 20 Jahre an die Metzgerei verpachtet. — Die Zentrumsfraktion des Bürgerausschusses stellte den Antrag auf Sittierung der Fremdensteuer in der Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 31. März 1925, der demnächst den Finanzausschuß beschäftigen soll.

Aus der Pfalz.

Landau, 24. Sept. Das neue Postamt

wird demnächst eröffnet. Eine Kommission von Beamten der Oberpostdirektion Speyer hat eine Besichtigung zum Zweck der Verteilung der einzelnen Räume abgehalten.

Landstuhl, 21. Sept. Ein bedauerlicher

Autounfall ereignete sich gestern vormittag 11 Uhr in der Ludwigstraße. Als nach dem Schulaustritt sich mehrere Kinder auf dem Heimweg befanden, kam ihnen das Auto des Fabrikanten Krüger entgegen. Kurz zuvor sprangen mehrere Kinder auf das andere Trottoir; an der besagten Stelle sprang auch das 11 Jahre alte Schindler des Schreinermeisters Karl Müller von Fleischaderloch bei Mauer auf die Straße, wobei das Auto es erfasste und unter sich zog. Das Kind erlitt durch das harte Aufschlagen des Kopfes auf den Boden eine schwere Gehirnerschütterung.

Deidesheim, 22. Sept. Eine Lambrecht-

Deidesheimer Gefäßbohrerfirma in zweiter Auflage spielte sich gestern vor der Treppe des Stadthauses in herkömmlicher Weise ab. Dabei handelte es sich nicht um den echten Lambrecht, sondern um ein Äquivalent für Weidenerfirma Lambrecht in Deidesheimer Wald dorten von der hiesigen Stadt entzogen angenommen werden sollte, sondern um die Aufnahme eines Filialwerkes „Fröhliche Pfalz“ nach dem Plan der Firma Europa-Film A. G. in Berlin.

Zweibrücken, 24. Sept. In den letzten

Wochen wurden auf dem Karsfeld des Schießplatzes verbrauchte Geschosse gesammelt. Die Gendarmerei verhaftete nun von einer Bande von 20 Mann 6 Personen, die etwa zwei Zentner geladener Geschosse bei sich hatten; sie kamen aus dem Saargebiet.

Neustadt, 24. Sept. Am Sonntag abend

brach in den von Franz, Militär belegten Baracken gegenüber der Intern. Baummaschinenfabrik in Wuzingen ein Brand aus. Das Feuer dehnte sich sehr rasch über die ganze mit Dachpappe bedeckte Holzbaracke aus, die samt den darin befindlichen Militärbetten vom Feuer

vernichtet wurde. Die Besatzungstruppen und die Feuerwehr, Abt. Wuzingen, mußten sich darauf beschränken, die in der Nähe befindlichen Gebäude zu schützen. Die vom Feuerwehrtag in Kaiserslautern zurückkehrende Motorbrigade erloschen ebenfalls auf dem Brandplatz, brauchte aber nicht mehr in Tätigkeit zu treten. — Es war beabsichtigt, die Baracke nach Verlegen des Militärs in die neuen Kasernen für Wohnzwecke herzurichten, um Obdachlose und dringend Wohnungsbedürftige unterzubringen. Das Wohnungsamt in unserer Stadt wird mit jedem Tage schlimmer. Es ist nicht möglich, die nunmehr in die Heimat zurückkehrenden Eisenbahner unterzubringen. Das Wohnungsamt erläßt einen Aufruf, wenigstens möblierte Zimmer zur Verfügung zu stellen, um den so lange Ausgewiesenen die Rückkehr in die Heimat zu ermöglichen.

Birmenseld, 24. Sept. Wegen Unter-

schlagung von 2325 M Sterbefällen-Geldern wurde der Unterfasser der 1. Reichsgeldbankhalt Zweibrücken verhaftet.

Bad Dürkheim, 22. Sept. Im benachbarten

Grethen ist in den getrigen Abendstunden ein Wohnhaus abgebrannt.

Aus dem Stadtkreise

Karlsruher Herbstwoche 1924

Vorführung von Schauspielen.

Das im Programm der landwirtschaftlichen Ausstellung vorgesehene erste Schauspielen fand am Montag auf den Aedern der Heilighofen Gutsverwaltung beim Schlachthof unter zahlreicher Beteiligung von Interessenten und sonstigen Schauspielern statt. Die Firma Peter u. Co. G. m. b. H. in Karlsruhe führte den „Forsbronntraktor“ vor, die Maxia A. G. in Bern beteiligte sich mit dem Haupttraktor „Cetrac“ mit Anhängerflug „Gale“. Diesen amerikanischen Maschinen gegenüber zeigte die Firma Storch und Finkenberg in Bad Nauheim den Kladermotorflug, ein deutsches Fabrikat. Weiterhin führten die Siemens-Schubertwerke G. m. b. H. von dieser Firma hergestellten Bodenfräser „Siemensfräser“ in Tätigkeit vor. Den Teilnehmern wurden die einzelnen Maschinen eingehend erklärt. Es war ein lehrreiches Bild, die verschiedenen Maschinen nebeneinander in Tätigkeit zu sehen. Mit der Aufgabe eines Urteils über die Wertigkeit der einzelnen Fabrikate wollen wir abwarten, bis nach der Durchführung des nächsten Schauspielen am heutigen Mittwoch, den 24. Sept., nachmittags 3 Uhr, auf den gleichen Aedern, an dem sich zudem 2-3 weitere Fabrikate beteiligen werden.

Das Badische Gesetz und Verordnungsblatt

enthält eine Bekanntmachung des Justizministers über den Wortlaut des Gesetzes über die Einführung der Reichsjustizgesetze in Baden.

Unfall. Ein Radfahrer aus

Etlingen stiftete infolge des schlüpfrigen Weges am Montag nachmittag auf dem Ludwigplatz hier aus und stürzte auf den rechten Arm, wodurch er sich eine Schulterverletzung zuzog. Er mußte mit dem Krankenauto ins städt. Krankenhaus gebracht werden.

Festgenommen wurden je ein Tagelöhner

von Spiegelberg und Krausenbach wegen Unterschlagung, ein Wirt von hier wegen Hehlerei, ein Maschinenarbeiter von hier wegen Diebstahls, ferner 6 Personen wegen verschiedener sonstiger strafbarer Handlungen.

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Mittwoch, den 24. September 1924.

Das Tiefdruckgebiet hat sich bis zur Nordsee verlagert, während gleichzeitig auf seiner Südseite ein Ausläufer über Deutschland sich ausbreitet hat, der gestern wieder Fröhung und Regen brachte. Das trübe, regnerische Wetter wird noch andauern, da über Frankreich und westlich von Irland weitere Tiefdruckausläufer vordringen.

Weiterausblick für Donnerstag, den 25. September 1924.

Wolkig trüb, weitere Regenschälle, etwas kühler, starke, westliche Winde.

Abenwahrernde morgens 6 Uhr

24. September	23. September
Schusterinsel . . . 1.62 m	1.62 m
Rehl . . . 2.84 m	2.84 m
Maxau . . . 4.45 m	4.42 m
„ . . . — m	mittags 12 Uhr 4.44 m
„ . . . — m	abends 6 Uhr 4.46 m
Mannheim . . . 3.45 m	3.45 m

Briefkasten

(Antwort kann nur erteilt werden, wenn der Antrag die letzte Abonnementsanmeldung beilegt ist.)

A. B. Gu. Selen Sie recht vorzüglich. Derartige Ergebnisse beruhen häufig auf Suggestion und sind daher nicht nachhaltig.

„Gott ist mit mir“ — „Es wird kommen!“



RESID

Disfirm!

FRANCK & Cie. / Kaiserstrasse 110

